

# Strompreis-Aufseher wiegelt ab

## Behördenchef will von Verstaatlichung der Netze vorerst nichts wissen

BERLIN (DPA). Die Bundesnetzagentur hat eine von Verbraucherschützern und Politikern geforderte Verstaatlichung der Stromnetze abgelehnt. Derartige Forderungen seien verfrüht, sagte gestern Netzagentur-Chef Matthias Kurth. Seine Behörde sei erst seit einem Jahr aktiv, Netzentgelte zu kontrollieren und zu verringern.

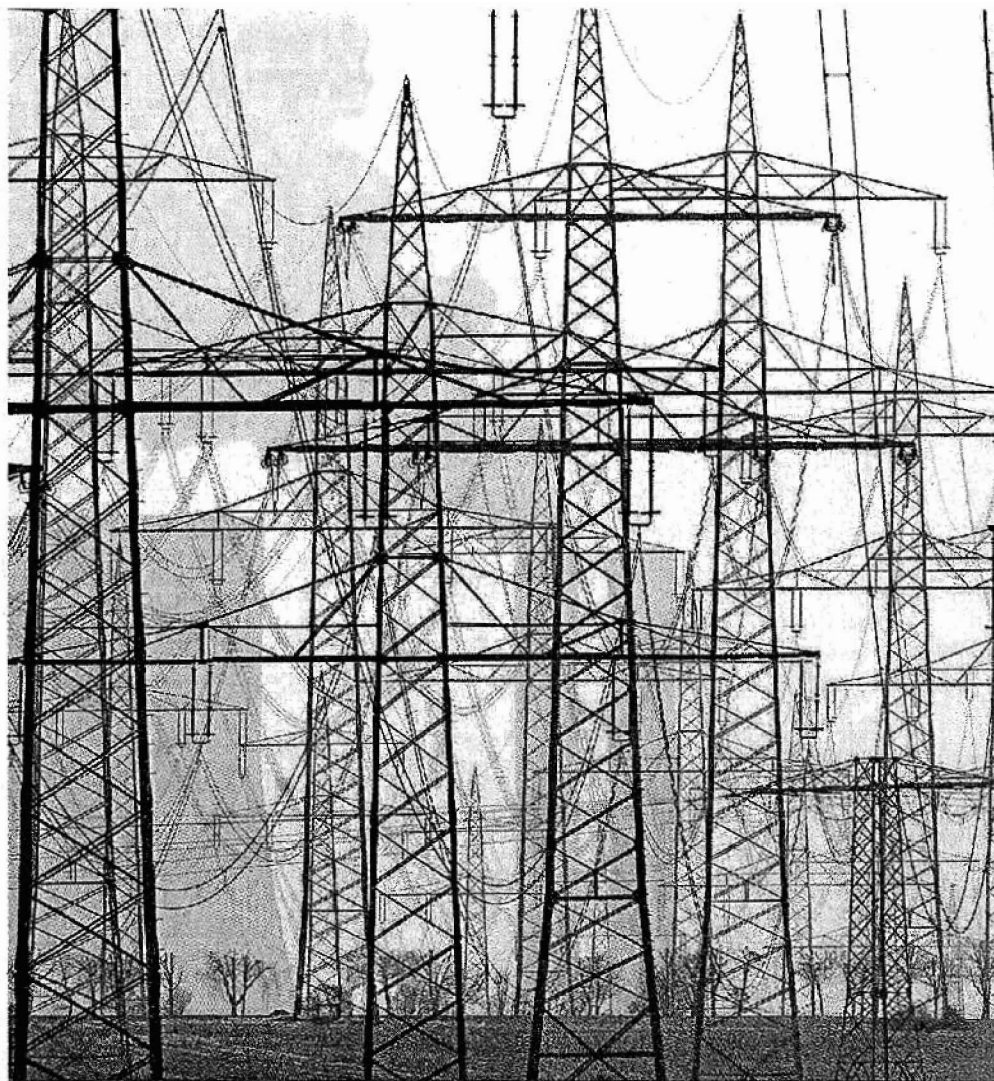
Netzagentur-Chef Kurth dämpfte die Hoffnung auf eine rasche Liberalisierung des Energiemarktes. Es sei „eine typische Krankheit, dass man bei den Menschen die Erwartungshaltung erzeugt, dass Probleme, die sich über Jahrzehnte aufgestaut haben, quasi über Nacht abgebaut werden können“. Die Wettbewerbshüter bräuchten einen langen Atem.

Nach Ansicht des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen führt an einer Verstaatlichung jedoch kein Weg vorbei. „Das Netz muss im Rahmen einer eigentumsrechtlichen Entflechtung wirtschaftlich von den Versorgern getrennt werden“, sagte der Energieexperte des Verbraucherverbandes, Holger Krawinkel. Sonst sei die Energieversorgung in Deutschland auf Dauer gefährdet. Er verwies darauf, dass auch in den Niederlanden, Skandinavien und Spanien der Netzbetrieb verstaatlicht worden sei.

Die Drohung der Energieversorger, im Falle weiterer staatlicher Regulierungen des Energiemarktes geplante Investitionen in Milliardenhöhe zu streichen, kritisierte Krawinkel als einen „Erpressungsversuch“. Die Energiewirtschaft missbrauche ihre Marktmacht, sagte er. Dies zeige, dass „man den Monopolisten“ die Energieversorgung in Deutschland nicht anvertrauen dürfe.

Die Stromindustrie wies unterdessen den Vorwurf zurück, in der Branche gebe es zu wenig Kraftwerksanbieter. „Der Wettbewerb in Deutschland funktioniert und gewinnt immer mehr an Fahrt. Fast die Hälfte der bis 2012 geplanten Investitionen in deutsche Kraftwerke stammt von neuen Anbietern“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Eberhard Meller.

Meller warnte die Politik davor, das „Rad der Liberalisierung“ zurückzudrehen. Würde eine staatliche Deckelung bei den Erzeugungskosten eingeführt, wären die neuen Betreiber gegenüber der etablierten Konkurrenz nicht wettbewerbsfähig. Wirt-



An den hohen Strompreisen wird sich nichts ändern, so lange die Netze im Eigentum der Versorger bleiben, meinen Verbraucherschützer.

FOTO: DPA

schaftsminister Michael Glos (CSU) will dagegen das Kartellrecht verschärfen und nach den Strom- und Gasnetzen auch die Stromerzeugung in den Kraftwerken kritischer unter die Lupe nehmen.

Glos wirft den großen vier Versorgern E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall einen Missbrauch ihrer Marktmacht und Preistreiberei vor. Deren Marktanteil an den Kraft-

werkskapazitäten wird auf 80 bis 90 Prozent geschätzt. Glos bemängelt auch, dass neue Kraftwerksanbieter behindert würden, ihren Strom in die Netze einzuspeisen.

Nach VDEW-Informationen kommt rund ein Viertel der Investitionen in neue Kraftwerke aus dem Ausland. Aber auch Stadtwerke und Mittelständler würden sich zunehmend engagieren.